

Globalisierung und Chancengerechtigkeit sind die Eckpunkte eines grundlegenden Wandels erzieherischer Anforderungen

Kernelemente einer großen Bildungsreform

Werner Lensing

„Megatrend Wissensgesellschaft...“, „Wissen – wichtigster Rohstoff der Moderne...“, „Wachsende Internationalisierung in Wirtschaft, Technik, Kultur und Politik...“, „Rasante Entwicklung zur Informations- und Dienstleistungsgesellschaft...“ – dies sind Schlagzeilen eines radikalen Wandels, der in seiner Bedeutung dem Wechsel von den vorindustriellen Manufakturen zur Industrieproduktion des neunzehnten Jahrhunderts in nichts nachsteht.

Verdoppelung des weltweit verfügbaren Wissens alle fünf bis sieben Jahre, Tag für Tag mehr als 20 000 Publikationen weltweit und eine fast schon jährliche Verdoppelung der Internetzugänge sind deutliche und ernst zu nehmende Indizien für diesen radikalen Einschnitt.

Die Globalisierung verstärkt den revolutionären Prozess zusätzlich. Wir denken, arbeiten und planen „vernetzt“ – in einer Arbeitswelt, die primär durch weltweite Kooperation und Konzentration von Unternehmen bestimmt wird. Im Zuge der Umstellung auf neue Dimensionen der Wissensverarbeitung und Wissensvernetzung werden sich Arbeitswelt und mit ihr der Zuschnitt und das Verständnis von Arbeit grundlegend ändern.

Immer weniger Menschen müssen immer mehr können und immer mehr bewältigen. Neben den Spezialisten fordert eine zunehmend internationale Wirtschaft den „All-round-Köner“ – besser gesagt den „sattelgestepezialisierten Generalisten“, wie die baden-württembergische Bildungsministerin Annette Schavan im September 1999 zutreffend vermerkt hat.

Wer hier mithalten will, muss sich unkonventionell und teamorientiert zeigen. Gefordert sind systematisches Denken, zunehmende Flexibilität, internationale Wendigkeit und wachsende Bereitschaft zum lebenslangen Lernen. Hierzu benötigt der Mensch des 21. Jahrhunderts profunde intellektuelle Fähigkeiten und tief gehende menschliche Qualitäten. Weder das eine noch das andere entsteht ohne Zutun. Beides muss herangebildet werden. Der Umbruch lässt uns keine Alternative: Bildung und Erziehung werden Schlüsselfunktionen für individuelle Lebenschancen und selbstbestimmtes Handeln. Man sagt zu Recht, dass Bildung zur entscheidenden sozialen Frage des 21. Jahrhunderts wird.

Wie aber sieht der deutsche Bildungsalltag in Wirklichkeit aus? Hier muss man allerdings mit dem größten Bedauern feststellen:

Deutschland wird den Eigenschaften, die einmal das Land der Dichter und Denker ausgezeichnet haben, schon lange nicht mehr gerecht.

Bildungsalltag in Deutschland

„Malte nicht Mozart den Faust?“ – So denn auch die provokante Titelstory des *Stern* vom 30. September 1999 zur Allgemeinbildung in Deutschland.

Der streitbare Hamburger Professor Dietrich Schwanitz fasst den gegenwärtigen Status quo an unseren Schulen in dieses vernichtende Urteil: „Die Schulen sind in einem so jämmerlichen Zustand, dass das Elend völlig unbekannt bleibt, weil sein Ausmaß unglaublich ist.“ Nicht wenige seiner Kollegen sprechen hinter vorgehaltener Hand bis zu sechzig Prozent unseren Studierenden die Studierfähigkeit ab.

Sicherlich mögen solche Pauschalurteile und die reißerische Aufmachung der *Stern*-Story übertrieben sein. Doch tatsächlich stehen die Probleme und Mängel, mit denen wir es in der Bildungspolitik zu tun haben, in einem beinahe umgekehrten Verhältnis zu den Ansprüchen, deren Einlösung der Megatrend „Wissengesellschaft“ von uns fordert.

Wir haben uns mit folgenden Fakten auseinander zu setzen:

Allein 1997 stieg die Zahl der Schüler um 190 000, doch es wurden lediglich 1300 neue Lehrerinnen und Lehrer eingestellt – es kommt also nur ein Lehrer auf 150 Schüler.

Nach Ansicht der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) fehlen in Deutschland 45 000 Pädagogen, doch 40 000 Lehrer sind arbeitslos. Trotz eines hoch kostenintensiven staatlichen Bildungssystems ge-

ben Eltern in Deutschland Woche für Woche dreißig Millionen D-Mark für Nachhilfestunden aus – das sind allein in NRW 400 Millionen D-Mark pro Jahr.

In internationalen Leistungsvergleichen erreichen deutsche Schülerinnen und Schüler – weit abgeschlagen hinter Japan, Korea, Singapur, aber auch hinter Russland oder Österreich – allenfalls noch einen Mittelplatz. Rund drei Millionen Menschen sind bei uns nach Angaben der OECD als Analphabeten einzustufen. Jährlich bleiben 100 000 bis 150 000 Jugendliche ganz ohne Bildungsabschluss. Mindestens 30 000 verlassen jährlich die Schule ohne ausreichende Grundkenntnisse in Lesen, Schreiben und Rechnen. Somit wird die Bundesanstalt für Arbeit, obwohl eigentlich nicht zuständig, gezwungen, pro Jahr allein eine halbe Milliarde D-Mark auszugeben, um junge Menschen überhaupt an die Ausbildungsreife heranzuführen.

Vor hundert Jahren gab es in Deutschland dreißig Hochschulen mit knapp 30 000 Studenten. Derzeit existieren in Deutschland sogar 337 Hochschulen mit fast zwei Millionen Studenten. Nach dreizehn Jahren Schulzeit beträgt die durchschnittliche Studienzeit an deutschen Universitäten sieben Jahre – eine einmalig lange Zeit, gemessen am europäischen Durchschnitt. Mit deutschen Akademikern konkurrieren Absolventen vergleichbarer Universitäten in Frankreich oder England, die genauso gut ausgebildet sind, allerdings drei Jahre weniger benötigten, um eine nur begrenzte Zahl von qualifizierten Arbeitsplätzen. Je nach Fachbereich brechen zwischen dreißig Prozent und siebzig Prozent aller Studierenden ihr Hochschulstudium ab. Sie stehen anschließend im Alter von 23, 25 oder gar dreißig Jahren und mehr vor dem beruflichen Nichts. Nur fünfzehn Prozent

der Studierenden erstreben berufliche Selbstständigkeit. Hingegen arbeiten rund fünfzig Prozent aller derzeit im Berufsleben stehenden Hochschulabsolventen bei uns im öffentlichen Dienst. Der drastische Rückgang der Selbstständigenquote von zwanzig Prozent in den fünfziger und sechziger Jahren auf heute gerade einmal zehn Prozent passt ins Bild: Mit dieser Quote liegen wir europaweit auf dem vorletzten Platz. Dabei haben wir – gemessen an der Zahl der Selbstständigen – in Deutschland fast doppelt so viele Staatsdiener wie im europäischen Durchschnitt. Deutsche Hochschulen sind für ausländische Studenten, die Spitzenleistungen und Spitzenausbildung anstreben, eher uninteressant.

Dieser unheilvolle Katalog von Fakten ließe sich leider fast beliebig fortführen. Allerdings ist angesichts dieser bitteren Ausgangslage „Bildung“ hier zu Lande endlich wieder ins Gerede gekommen. Schulen sind Gott sei Dank aus ihrer politischen Nische herausgetreten. Der öffentliche Druck zwingt zum Handeln.

Bildungsideal der 68er überholt

Man muss schonungslos zur Kenntnis nehmen, dass die gleichheitsfixierte Erziehungs- und Bildungsstrategie der 68er und ihrer Erben endgültig gescheitert ist. Deren längst überholte Sozialphilosophie stellte nicht den Menschen, wie er tatsächlich ist, sondern den Menschen, wie er sein sollte, in den Mittelpunkt der Überlegungen. J. B. Watson, Psychologieprofessor an der Johns-Hopkins-Universität, behauptete im Jahre 1968, er könne aus jedem gesunden Neugeborenen „auf Bestellung einen Violinvirtuosen, einen Mathematiker oder ein Finanzgenie machen“.

Eine solche Erziehungsutopie musste schon deswegen misslingen, weil durch Bildung kein neuer Mensch und keine sozial gerechtere Welt geschaffen werden konnten.

Chancengerechtigkeit

Genauso scheiterte schließlich der Glaube von der beliebigen Formbarkeit des Menschen an der menschlichen Natur selbst: Eine Vielzahl von wissenschaftlichen Untersuchungen belegt stichhaltig, dass die Menschen von ihrer genetischen Disposition her unterschiedlich begabt sind.

Dies sind die tatsächlichen Rahmenbedingungen, von denen wir auszugehen haben. Die fortschreitende Aushöhlung einer echten und leistungsorientierten Bewertung von Lernfortschritten, anhand derer sich Schüler selbst einschätzen, vergleichen und motivieren können, führte nach Schwanitz an der Schule zu einem Zusammenbruch der Normen – und damit zu einem fatalen Identifikationsverlust der Jugendlichen mit ihren Schulen.

Wir müssen die Ideologisierung der Bildungspolitik der siebziger Jahre nun endlich überwinden. Wir brauchen nicht Gleichmacherei, sondern Chancengerechtigkeit. Selbstverständlich hat der Staat für gleiche Startchancen zu sorgen, doch wird er niemals die gleichen Resultate garantieren können. Eine dem Menschen verpflichtete Bildungspolitik hat dafür Sorge zu tragen, dass dem Einzelnen – dem Minderbegabten wie dem Eliteschüler – eine seinen Begabungen entsprechende optimale und effiziente Bildungseinrichtung offen steht. Eine ehrliche Chancengerechtigkeit respektiert dabei die Unterschiede in der Begabung, betont aber gleichzeitig die Verpflichtung zur Solidari-

tät. Bemerkte doch schon Robert Spaemann zu Recht: „Die reine Leistungsgesellschaft ist ebenso ungerecht wie die Gesellschaft, die Leistung ignoriert oder unbezahlt lässt.“

Wie es nicht akzeptabel ist, wenn jemand auf Grund seiner Einkommensverhältnisse von Bildung ausgeschlossen wird, ebenso wenig ist es mit Chancengerechtigkeit zu vereinbaren, wenn Begabte zu Gunsten des Durchschnitts dauernd benachteiligt werden – etwa durch die zwangsweise Zuteilung zu hoher Studentenzahlen, was teuer mit Nivellierung und Qualitätsverlust in Forschung und Lehre bezahlt werden muss. Eine solche Ressourcenverschwendung kann sich ein moderner Staat im 21. Jahrhundert auf Dauer nicht leisten.

Die jetzt gebotene Bildungsdebatte birgt die Chance, dass ihr die ideologischen Schlachten der 68er erspart bleiben. Doch leider haben bisher Schule, Bildung und Erziehung noch nicht angemessen auf die Veränderungen reagiert.

Was ist zu tun?

Nur thesenartig kann an dieser Stelle benannt werden, wo die Veränderungen schwerpunktmäßig anzusetzen haben.

Sind die Schulen erst einmal von der Last befreit, gesellschaftliche Ziele umsetzen zu müssen, können sie sich wieder auf ihre eigentliche Verpflichtung besinnen: die Heranbildung junger Menschen zu wirklichen Persönlichkeiten.

Schule hat Lern- und Leistungsbereitschaft zu wecken, die erst die Grundlage zur Fähigkeit eines lebenslangen Lernens schaffen. Wie das Vorbild baden-württembergischer Reformansätze zeigt, sind leistungsorientierte und kindgerechte Schulen keine Gegensätze.

Kinder haben im Gegensatz zu ihren Eltern viel weniger Probleme mit einer leistungsgerechten Bewertung. Der nordrhein-westfälische Beschluss, Zeugnisnoten bei Entscheidung der Schulkonferenz bis in die dritte Klasse schlichtweg entfallen zu lassen, war eine krasse Fehlentscheidung.

In den Gymnasien muss die Rückbesinnung auf Qualität zum eigentlichen Zukunftsthema werden. Dazu gehört nicht zuletzt die Einrichtung eines achtjährigen gymnasialen Bildungsgangs. Nur ein Abitur, das ein echtes Zertifikat einer umfassenden Allgemeinbildung darstellt, verdient den Namen „Zeugnis der Reife“. Grundlegendes Wissen wird viel zu leichtfertig gegen vermeintlich moderne Qualifikationen ausgespielt.

Die grundgesetzlich garantierte Zuständigkeit der Länder für die Bildungspolitik sollte eigentlich einen Wettbewerb zwischen den Ländern garantieren. Stattdessen erstickt ein unseliges Konsensdiktat jede Innovation. Hilfreich wäre ein von der Kultusministerkonferenz turnusmäßig herausgegebener Rechenschaftsbericht, der einen nationalen wie auch internationalen Vergleich erlaubt.

Eigenständigkeit in der Personalauswahl und Finanzmittelverwaltung, Profilbildung und Kundenorientierung müssten auch für die Schulen vermehrt diskutiert werden.

Belebende Konkurrenz

Zur Qualitätssicherung sind Kriterien und Verfahren zur Evaluation von unterrichtlichen wie erzieherischen Zielen zu entwickeln, da Selbstverantwortung nicht von selbst zu mehr Schulqualität führt.

Der Wettbewerb unter den Schulen dürfte durch das Recht der Hochschulen auf freie

Auswahl ihrer Studenten außerordentlich belebt werden. Die schulische Dienstleistung „Abitur“ würde damit zugleich zu einer quasi marktorientierten Ware, deren Vermittlung sich marktwirtschaftlichen Prinzipien zu unterwerfen hätte.

Besonders greifbar wird die Notwendigkeit der Steigerung von Leistungsfähigkeit und Effizienz beim Blick auf unsere Hochschulen.

Durch die Novellierung des Hochschulrahmengesetzes wurde in der vergangenen Legislaturperiode der erste Schritt zu mehr Differenzierung und zu mehr Autonomie eingeleitet. Doch diese Maßnahmen gehen nicht weit genug.

So benötigen wir mehr Chancen zur unterschiedlichen Profilierung der einzelnen Hochschulen.

Mehr Autonomie und Kompetenz

Wenn die Hochschulen die gestiegenen Anforderungen bewältigen wollen, brauchen sie vor allem eine verstärkte Finanzautonomie, ein besseres Hochschulmanagement und eine sorgfältige Evaluation, die klare Aussagen über das vorhandene individuelle Niveau von Lehre und Forschung zulässt.

Hochschulen, Professoren und Studenten müssen durch entsprechende Leistungsanreize dazu motiviert werden, neue Wege zu beschreiten, die dann entsprechend entlohnt werden.

Sollte die Einführung von Studiengebühren Realität werden, dürften diese keinesfalls lediglich als billige Finanzquelle missbraucht werden, um womöglich zweckentfremdet Löcher im Staatshaushalt zu stopfen. Studiengebühren sind nur dann sinnvoll, wenn sie von den jeweiligen Hochschulen direkt zur eigenen Qualitätssteige-

rung eingesetzt werden können. Notwendige Voraussetzung dafür ist allerdings eine grundlegende Neuordnung der wechselseitigen Auswahl von Hochschule und Studenten.

Schließlich benötigen wir ein ausgeprägteres System der Stipendienvergabe und nicht zuletzt eine grundlegende BAföG-Reform.

Wichtigstes berufsbildungspolitisches Ziel bleibt es, jedem jungen Menschen nach dem Beenden der Schulzeit eine solide Ausbildung und anschließend den Einstieg in das Berufsleben zu ermöglichen. Fundierte fachliche und soziale Kompetenz als Grundlagen der späteren beruflichen Tätigkeit sind unverzichtbar.

Zur Entwicklung eigener realistischer Berufswünsche sollte den Jugendlichen durch Praxisnähe eine lebensnahe Vorstellung von der Berufs- und Arbeitswelt vermittelt werden.

Ein qualifizierter Schulabschluss ist auch für lernschwache oder benachteiligte Jugendliche anzustreben. Gerade für diese Gruppe sollten zusätzliche spezielle Ausbildungsangebote eröffnet werden, die den spezifischen Fähigkeiten und Möglichkeiten dieser Schülergruppe entgegenkommen.

Aufwertung praktischer Begabung

Um lernschwächeren, aber praxisbegabten Jugendlichen den Zugang zu einem Beruf zu ermöglichen, benötigen wir teilqualifizierende, jederzeit ausbaufähige Ausbildungslehrgänge, die eine berufliche Arbeit auch unterhalb eines Facharbeiters ermöglichen. Grundsätzlich müssen auch Teilqualifikationen attestiert werden, die nach Abschluss der Ausbildung als Grundlage und Bestandteil der Weiterbildung dienen.

Durch eine qualifizierte Bildungsberatung sollte klargestellt werden, dass berufliche Bildung keine Rang- und Wertigkeitsskala zu scheuen braucht. Vielmehr stellt ein beruflicher Abschluss einen gesellschaftlich angesehenen Status dar, der einen Zugang zu vielfältigen Bildungsmöglichkeiten vermittelt.

Die Schaffung neuer Ausbildungsberufe und die Modernisierung der Berufsbilder müssen kontinuierlich gefördert werden, um dadurch den Bedarf an hoch qualifizierten Fachkräften decken zu können.

Wir haben zweifellos eine Fülle großer Aufgaben in der Bildungspolitik zu lösen.

Das deutsche Bildungswesen bedarf von der Grund- bis zur Hochschule gründlicher Reformen, um die ihm anvertrauten jungen Menschen auf ihr Leben und Arbeiten in der geänderten Welt des 21. Jahrhunderts effektiv vorbereiten zu können: Einer Welt, in der mehr verlangt und weniger garantiert wird. Alles erzieherische Bemühen muss auf die Heranbildung und Förderung der eigenständigen, verantwortungsbereiten Persönlichkeit gerichtet sein. Schule und Hochschule haben sich selbst als Bestandteile dieser Welt zu begreifen und sollten sich frühzeitig auf den Wandel einstellen. Die nötigen Reformen gehen von den Inhalten über die Motivation zu den zentralen Bereichen der Organisation und der Finanzierung.

Nicht alle notwendigen Reformen lassen sich in einem Zuge verwirklichen. Entscheidend ist aber, dass die Mängel des deutschen Bildungswesens klar erkannt und dass zu ihrer Beseitigung unverzüglich die wichtigsten Weichenstellungen vorgenommen werden. Wir haben dazu das Verständnis in der Öffentlichkeit und in der Politik für die prioritäre Bedeutung bildungspolitischer Aufgaben überhaupt erst wieder zurückzugewinnen.

Mensch im Zentrum

Eine Wissensgesellschaft baut auf die Lernfähigkeit der Menschen, auf die Fülle ihrer Fähigkeiten und Talente, ihre Begabungen und Berufungen. Bildungspolitik darf den Menschen daher nicht an den Rand verbannen, sondern muss ihn ins Zentrum rücken. Dabei darf die Bildung des Einzelnen allerdings nicht nur zu einem Anspruch an den Staat verkommen, sondern sie muss vor allem auch eine Anforderung an sich selbst sein.

Bei allem Wettkampf und allen Leistungsbemühungen dürfen wir jedoch bei der Erziehung der uns anvertrauten Menschen nie die Dimensionen des Menschlichen aus den Augen verlieren. Wir bedürfen vielmehr der „Achtung vor der Einmaligkeit der Biographie des Einzelnen“ (Josef Kraus).

Diesem Heft liegt das Inhaltsverzeichnis des Jahres 1999 bei.